Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: [illegible] Geschäftsstelle: [illegible]

Anzeigenpreis: [illegible]

Nr. 25 | Dresden, Montag den 31. Januar 1921 | 32. Jahrg.

Der Sieg des Unsinns

Die Pariser Konferenz ist, wie eine Havas-Meldung besagt, am Sonnabend kurz vor 6 Uhr geschlossen worden. [illegible] über die Entwaffnungsfrage [illegible], wurde um 5 Uhr auch das Protokoll über [illegible] in der Wiedergutmachungsfrage [illegible]. Die Beschlüsse sind am Sonntag der deutschen [illegible] mitgeteilt worden, heute werden sie sonst dem [illegible] veröffentlicht. In bezug auf die Hilfe [für] Oesterreich ist ein Bericht Loucheurs angenommen worden, der die Gründung eines Finanzkonsortiums mit einem Kapital von 250 Millionen Frank [vorsieht].

Das Abkommen über die Entwaffnung wurde um 4 Uhr unterzeichnet. [illegible] erklärte [illegible] des Sitzungssaales, die Entwaffnungsfrage sei [zur] gemeinsamen Befriedigung der Alliierten und [illegible] der Sicherheit ihrer Länder geregelt worden. [illegible] gewährt Deutschland eine Frist bis zum [illegible] für jede der noch auszuführenden Maßnahmen. Als [illegible] für die Durchführung sind vorgesehen:

1. Ausdehnung der Räumungsfrist für die Rheinlande.
2. Besetzung neuen deutschen Gebietes.
3. [illegible] eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden [illegible] — auf Antrag von Lord Curzon —
4. Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die gleichen Sanktionen sollen auch für die Reparationen gültig sein.

Die vorauszusehen war, ist das ursprünglich für die Konferenz aufgestellte Programm längst nicht erledigt worden. Die brennende Orientfrage z. B. ist kaum berührt worden. Für sie ist eine neue Ministerbesprechung auf den 21. Februar nach London anberaumt worden. Aber trotzdem triumphiert die Pariser Presse; sie nennt den 29. Januar den glücklichsten, [illegible] den bedeutendsten Tag, den Frankreich seit dem Waffenstillstand erlebte. [illegible] [illegible] Englands bessere Einsicht hat [illegible] Donner gebeugt. [illegible] [illegible] Ergebnis die [illegible] der Alliierten nicht bloß in den Entschließungen, sondern auch in den Gefühlen. Auch Lloyd George soll sich in Zeiten [illegible] über die Konferenz geäußert haben. Zwar zweifelt er mit den Augen Deutschlands [illegible] alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Zeig deinen guten Willen! Ueber Unmöglichkeiten läßt sich reden! — Aber — er hat zunächst doch zugestimmt zu Plänen, die er ein paar Tage vorher als Utopien schroff zurückwies, und ist damit Briand [illegible] dem „Empfindungsgedanken“ unterlegen, ähnlich wie vor hundert Jahren auch die einsichtigeren Potentaten der „Heiligen Allianz“ [illegible] dem Gespenst der „Legitimität“.

Anders freilich urteilt [illegible] der frühere italienische Ministerpräsident Nitti. Er schreibt: Der Versailler Vertrag wird vom Haß diktiert, und seine genaue Ausführung führt zu neuen Kriegen. Ist es denkbar, daß das deutsche Volk, eines der gebildetsten und fortgeschrittensten der Erde, sich geduldig in die Sklaverei begeben wird? Kann es ehrlicher Weise unmögliche Verpflichtungen übernehmen, deren Nichterfüllung [illegible] militärische Sanktionen nach sich zieht?

Nitti sieht den Ruin ganz Europas voraus. Um Deutschland zum Zahlen zu zwingen, müssen die Sieger die militärischen Rüstungen beibehalten. Das bedeutet ihren Ruin noch früher als den Deutschlands. Damit Europa wieder aufleben kann, ist es notwendig, daß die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme eine erträgliche Höhe nicht übersteigt, derart, daß sie ohne Gewaltmaßregeln von der jetzigen Generation in einigen Jahren gezahlt werden kann.

So Nitti. Aber seine Mahnrufe werden in dem Rat des Hasses keinen Widerhall finden. Und welcher Trost bleibt für Deutschland? Fürs erste ist es damit schlecht bestellt. Wir können protestieren gegen den Todesstoß, den man uns versetzen will. Man ist in der Entente, so meldet Havas aus Paris, damit einverstanden, daß Deutschland darin Einwendungen machen kann. Sollten jedoch diese Einwendungen auf ein Durchkreuzen der heute getroffenen Beschlüsse hinauslaufen, so ist man auf alliierter Seite entschlossen, einfach darüber hinwegzugehen.

Die Entwaffnungsvorschriften.

Paris, 31. Januar. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas sagt, daß Deutschland folgender Beschluß mitgeteilt wurde:

Hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands wurde [illegible] der Marschalls Foch etwas geändert. Deutschland muß [illegible] Gesetzgebung den Vereinbarungen des Friedensvertrages [anpassen]. Die überzähligen Offiziere vor dem 28. Februar [illegible], die Bürgerwehr vor dem 30. Juni auflösen, die Reserve [illegible] bis dem 30. April entwaffnen, die im Bau befindlichen [illegible] sowie alle Unterseeboote vor dem 30. Juni zerstören, [die im] Jahre 1919 zerstörten Zeppeline ersetzen, darauf verzichten, [illegible] zu bilden und die alliierte Definition annehmen, indem es die Zivil- von den Militärflugzeugen unterscheidet.

Nach einer Havas-Meldung vertritt die französische Regierung in der Kohlenfrage folgende Thesen:

Frankreich verlangt eine monatliche Lieferung von 2 200 000 [Tonnen]. Die Bezahlung von 5 Goldmark pro Tonne, die für die [illegible] der deutschen Bergarbeiter bestimmt war, soll aufgehoben [illegible] eine Prämie für eine besonders gut ausgesuchte Kohle bewilligt [werden]. Die Reparationskommission soll die Ausführung des [illegible] überwachen.

Schlösser im Monde

Alle in Paris ist man sich einig. Man hat einfach bestimmt, Deutschland soll [illegible] Milliarden, im ganzen [illegible] Milliarden, zahlen, ohne daß man sich den Kopf darüber zerbrochen hat, wie die Zahlung dieser Milliarden praktisch [illegible] werden soll. Die Staatsmänner der Entente haben ihren Völkern versprochen, Deutschland wird zahlen, muß alles wieder gut machen, und nun fehlt es ihnen entweder an Einsicht oder an Mut, um ihren Völkern klar zu machen, daß selbst bei dem denkbar besten Willen auf deutscher Seite die Forderungen [illegible] erfüllt [illegible] sind. Nach dem Kriege 1870/71 hatte uns Frankreich die Summe von 5 Milliarden Frank zu zahlen, ein Betrag, der im Verhältnis zu der jetzt geforderten Kriegsentschädigung lächerlich gering ist. Die Zahlung dieses Betrages ging damals schnell und glatt vonstatten. Im französischen [illegible] befand sich eine große Zahl ausländischer Papiere, die verkauft werden konnten und deren Wert Deutschland übermittelt wurde.

Deutschland hat aber schon während und nach dem Kriege den größten Teil seiner ausländischen Werte verkauft, ganz abgesehen davon, daß die gesamte Summe des deutschen im Ausland angelegten Kapitals etwa 25, wenn es hoch kommt, 30 Milliarden Mark betragen hat, also zur Deckung unserer Kriegsschulden nicht entfernt ausreichte. Wie soll aber unter diesen Umständen Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen?

Gold haben wir, abgesehen von einer im Verhältnis zu unserm Geldumlauf ganz geringen Reserve der Reichsbank, überhaupt nicht mehr. Von unserm Papiergeld können wir freilich der Entente so viel schicken, wie sie nur haben will. Wenn es darauf ankommen sollte, können wir gut noch ein paar Notenpressen aufstellen. Aber wenn wir unser Papiergeld der Entente direkt überschicken, so würde sie damit verdammt wenig anzufangen wissen. Um das deutsche Geld zu verwerten, müßte sie es auf den Markt werfen. Sie müßte versuchen, irgendwelche Waren oder ausländische Devisen aufzukaufen, und dann würde das Massenangebot von deutschem Papiergeld sehr schnell zu seiner vollständigen Entwertung führen. Dasselbe Resultat aber würde dann erreicht werden, wenn Deutschland [illegible] versuchte, für sein Papiergeld Gold oder ausländische Devisen zu kaufen, um damit seine Kriegsschulden zu bezahlen. Nun dann würden wir bald so weit sein, daß uns für unser Papiergeld niemand mehr etwas geben würde, und dann wären uns auch beim besten Willen auf diese Weise keine Leistungen an die Entente mehr möglich.

Wir könnten daher [illegible] Verpflichtungen nur erfüllen, wenn wir Waren ausführen. Diese Waren könnten einmal direkt an die Völker der Entente geliefert werden. Aber die Voraussetzung dafür wäre, daß diese Länder die Waren auch brauchen können und daß sie sie annehmen wollen. Ein Masseneinport deutscher Waren nach den Ententeländern wäre voraussichtlich für die Industrie dieser Länder [illegible]. Schon jetzt klagen die englischen und französischen Industrien über den deutschen „Dumping-Export“, den man mit Zöllen oder gar mit Einfuhrverboten zu Leibe gehen will. Nun ist besonders von Frankreich gefordert worden, daß wir unsere Schulden nicht in Fertigfabrikaten, sondern in Rohstoffen und Halbfabrikaten, wie Kohle und [illegible], liefern. Aber selbst Frankreich soll bereits jetzt einen Ueberfluß an Kohle haben, und seine Bergarbeiter wenden sich gegen die deutsche Kohleneinfuhr, weil ihnen dadurch [illegible] Arbeit weggenommen wird. Was soll erst werden, wenn die im Kriege zerstörten französischen Bergwerke wieder völlig hergestellt sind?

Es bleibt dann schließlich noch die Möglichkeit, daß Deutschland gewaltige Warenmengen nach den neutralen Ländern exportiert und den dadurch erzielten Erlös den Ententestaaten übermittelt. Aber ein so gewaltiger deutscher Export, wie er dann notwendig wäre, würde den Exportindustrien der Ententeländer eine kaum erträgliche Konkurrenz bereiten, die voraussichtlich dazu führen würde, daß in den Ententestaaten die Industrien unter dauerndem Beschäftigungsmangel und Arbeitslosigkeit zu leiden hätten. Dazu käme, daß Deutschland, wenn es nicht überhaupt unter der Last seiner Milliardenverpflichtungen zusammenbricht, seine Einfuhr dauernd auf das allernötigste einschränken müßte. Nur in sehr geringem Maße könnten wir die Einfuhr fremder Waren zulassen. Vor dem Kriege betrug der Wert unserer Ausfuhr etwa 11 Milliarden Goldmark, ein Betrag, der jetzt noch nicht entfernt wieder erreicht ist. Selbst wenn es uns gelänge, die frühere Höhe unseres Exports recht bald wieder zu erreichen, so würde uns doch von dem Gegenwert unserer Ausfuhr nicht genügend zur Begleichung unserer Schulden übrigbleiben.

Schon jetzt leidet die Welt schwer darunter, daß Deutschland für die Erzeugnisse des Auslandes in so geringem Maße aufnahmefähig ist. Versuchte die Entente wirklich, ihr Vorhaben durchzuführen, so würde der jetzige [illegible] Zustand verewigt werden. Wo man die Wiedergutmachungsfrage auch anpackt, muß man erkennen, daß die Durchführung der neuen Ententebedingungen die ganze Weltwirtschaft und damit auch die Ententeländer selbst in einen dauernden Zustand der Verwirrung und der Krisen stürzen müßte. Der [illegible] Dilettantismus, der schon für den Friedensvertrag von Versailles kennzeichnend war, scheint sich wieder einmal in Paris nur zu sehr durchgesetzt zu haben.

Die Völker mußten, wie die gegenwärtige [illegible] beweist, für den Irrtum von Versailles bereits schwer büßen. [illegible] auch jetzt den führenden Ententestaatsmännern [illegible] gelingen, den Völkern in ihren Ländern Sand in die Augen zu streuen, indem sie große Zahlen [illegible] lassen, sehr schnell werden die Völker einsehen, daß sie betrogen, daß ihnen unerfüllbare Dinge vorgespiegelt

Lahmlegung des Ausfuhrhandels

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 31. Januar. Von einer führenden Persönlichkeit des deutschen Ausfuhrhandels wird einer Berliner Zeitung erklärt, daß die in den Pariser Beschlüssen verlangte Erhebung einer Ausfuhrabgabe von 12 Prozent unseren deutschen Ausfuhrhandel [illegible]. Bereits [illegible] wurde freilich eine Verschlechterung unserer [illegible] Ausfuhr erhoben, aber bald wurden [illegible] der Löhne und infolgedessen auch der Herstellungskosten und als deren Folge die Unmöglichkeit, konkurrenzfähig zu bleiben. Die Ausfuhrabgabe, die von der Entente verlangt wird, könnte nur dazu führen, daß unser [illegible] und daß die Entente gar nichts bekommt.

Die Notendokumente

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 31. Januar. Die beiden Notendokumente, die [illegible] der deutschen Friedensdelegation vom [illegible] 29. Januar in Paris übergeben wurden, sind [illegible] und werden [illegible] im Auswärtigen [Amt] [illegible]. Wie wir erfahren, befaßt sich bereits heute [illegible] des Reichskabinett mit ihrem Inhalt. Die Noten [enthalten] die bereits bekannten, auf der Pariser Konferenz [gefaßten] Beschlüsse über die Entwaffnungs- und Reparationsfrage. [illegible] schwerer wird noch gefordert, daß die Regierung nach Annahme der [illegible] der Wiedergutmachungskommission [illegible] die zu jeden Fristen zahlbar sind, der im § 1 des [illegible] Pariser Abkommen festgesetzt sind. Ihre Höhe wird [illegible] entsprechen, die Deutschland zahlen soll. [illegible] die deutschen Zölle wird gesagt, daß die Gesamteinkünfte der deutschen Zolleinkünfte für Rechnung der deutschen [illegible] durch einen Generalzolleinnehmer eingezogen werden, den die deutsche Regierung mit Zustimmung der Wiedergutmachungskommission zu ernennen hat. Falls [Deutschland] mit einer Zahlung im Rückstande bleibt, schlagen die Alliierten folgendes vor: Die Zolleinnahmen werden von der Wiedergutmachungskommission übernommen. Falls die Wiedergutmachungskommission es für notwendig erachtet, wird sie die Verwaltung der Zolleinnahmen Deutschlands in die Hand nehmen. Die Wiedergutmachungskommission kann die deutsche Regierung zwingen, ihre Zolltarife zu erhöhen.

Aus politischen Kreisen verlautet, daß der auswärtige Ausschuß des Reichstags in den nächsten Tagen zusammentreten [illegible] Reichsminister Simons Gelegenheit haben wird, dort den Standpunkt der Regierung vorzutragen.

Krise in Dänemark

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 31. Januar. Die [illegible] Versammlung des dänischen Landesindustrieverbandes beschäftigte sich mit der industriellen und wirtschaftlichen Krise in Dänemark. Man verhandelte zunächst über die industrielle Krise und die große Arbeitslosigkeit. Der Vorsitzende des Industrie[verbandes] [illegible] darauf hin, daß bei den Verhandlungen im [illegible] 1919 die [illegible] Arbeiter den ersten Platz eingenommen hatten. Jetzt seien jedoch die wirtschaftlichen Fragen des Arbeitsdrittels in den Mittelpunkt gerückt und zwar die Bauproduktion, die Geldknappheit, die Konjunktur und die zunehmende Arbeitslosigkeit. Als Mittel empfahl der Redner den Industrialismus. [illegible] die gegenwärtigen Schwierigkeiten [illegible] nur durch den Import aus Deutschland [illegible] und Ungarn [illegible].

Deutsch-russische Handelsbeziehungen

Stockholm, 31. Januar. Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung, Kopp, erklärte in Riga einem Vertreter des lettischen Telegraphenbureaus, die Frage der [illegible] Anerkennung [illegible] der deutschen Regierung ist bereits [illegible] als [illegible] anzusehen. Kopp habe alle Hoffnung, daß die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland auf eine breite Grundlage gestellt werden.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210131/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG